



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Negenborn, Carl: Betrachtungen über innere Politik 1

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zunutzen und ihn bewußt um sein Koalitionsrecht zu bringen oder ihn gar dazu zu erziehen, seinen Kollegen bei berechtigten Bestrebungen in den Rücken zu fallen, so sind sie nach jeder Richtung hin zu verwerfen und zu bekämpfen.

Für ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen haben die nichtsozialistischen Arbeiter ihre christlich-nationalen Gewerkschaften, für ihre geistig-sittlichen ihre konfessionellen Arbeitervereine. Wozu da noch diese Uneinigkeit stiftenden gelben Gewerkschaften?

Verfolgt man die ganze Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es andre Gründe waren, als die von den Gegnern angeführten. Es war der Kampf um die christliche Weltanschauung, provoziert durch die Sozialdemokratie und die ihr ergebenden Organisationen. Nicht „Unternehmerfreundschaft“, nicht „Streikbrechertum“, nicht „pfäffische Knechtseligkeit“ waren es, was die christlichen Arbeiter zur Gründung ihrer besondern Organisationen angetrieben hat, sondern das ehrliche Bestreben, ihre wirtschaftliche Lage zu bessern, ohne dabei Verrat an ihren religiösen und nationalen Anschauungen zu üben.

Wenn der sittliche Ernst und die zunehmende Besonnenheit in den christlichen Gewerkschaften immer größern Einfluß gewinnen wird, dann können sie ruhig und gelassen der Zukunft entgegensehen.



Betrachtungen über innere Politik

Von Carl Negenborn

1



Am 12. Dezember 1905 hat der Staatssekretär Graf Bosadowsky im Reichstage bei der Lesung des Etats, der Flottenvorlage und der Finanzreform in einer großen Rede die Frage erörtert, wie in Deutschland das ständige Wachstum der Sozialdemokratie, der immer zunehmende Einfluß dieser Partei auf weite Kreise des Volkes zu erklären sei. Er sagte: „Wie ist es psychologisch erklärlich, daß in diesem Deutschland, einem Lande, das auch wirtschaftlich zum Besten der untern Volksklassen so gewaltige Fortschritte macht, eine Partei mit drei Millionen Stimmen auftreten kann, die unsre ganze Geschichte verleugnet, unsre ganze Vergangenheit, und sagt: das moderne Staatsleben ist so durch und durch morsch, daß es von Grund auf neu umgebaut werden muß? Ich habe mit Ausländern darüber gesprochen, die mir gesagt haben: Wir stehen vor einem Rätsel. Woher kommt in diesem Deutschland, bei diesem Wohlstand, wo man

überall wohlgekleidete Leute sieht, das auf sozialem Gebiete so viel geleistet hat, das alle Welt als Vorbild betrachtet, diese große radikale Partei?"

Graf Posadowsky fuhr fort, man könne viele Antworten auf diese Frage geben, er wolle nur zwei Gründe anführen: „Ich glaube, daß wir bei der Art unsrer Verwaltung auch in den Lokalinstanzen noch manche kleinen Gesichtspunkte aus dem alten Polizeistaate herübergenommen haben, die in unsre Zeit nicht passen. Ich glaube ferner, daß mit unserm wachsenden Wohlstande nicht die Opferfreudigkeit, die Großherzigkeit in wirtschaftlichen Dingen gestiegen ist, die die besitzenden Klassen haben müssen. Die Sozialdemokratie wurzelt unbezweifelt in einer außerordentlich materialistischen Weltanschauung. Ich kann es aber nicht leugnen auf Grund der Beobachtungen des täglichen Lebens, daß mit unserm wachsenden Reichtum auch in unsern besitzenden Klassen das Maß materialistischer Weltanschauung, materialistischer Genußsucht gewachsen ist, die mich manchmal mit Trauer und Bedauern erfüllt. Darin sehe ich den eigentlichen Grund, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht die Kraft hat, die Sozialdemokraten zu überwinden. Der Materialismus ist eben in der Sozialdemokratie und in der bürgerlichen Gesellschaft kongenial. Die bürgerliche Gesellschaft wird die Sozialdemokratie nicht mit Gesetzen, nicht mit großen Worten überwinden, sondern nur dann, wenn sie diesen materialistischen Standpunkt verläßt, und wenn durch das ganze Leben der bürgerlichen Klassen ein größeres Maß sittlichen Ernstes geht.“

Als der Staatssekretär dann einige Tage später, am 15. Dezember 1905, auf denselben Gegenstand zurückkam, stellte er zunächst fest, daß im Jahre 1903 von zwölfseinhalf Millionen Wählern fast drei Millionen der Wahlurne ferngeblieben seien, und daß diese drei Millionen wohl keine Sozialdemokraten gewesen seien, da die Sozialdemokraten so ziemlich ihren letzten Mann an die Urne gebracht hätten. Die Zerspaltung der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen, ihre Unfähigkeit, sich auf einen Kandidaten zu einigen, förderten weiter die Macht der Sozialdemokratie, und den Schaden trage der Arbeiter, da die Zahl derer wachse, die sich der Fortführung der Sozialpolitik gegenüber ablehnend verhielten und nach Repressalien riefen. „Ich bin, sagte Graf Posadowsky, der Ansicht, daß man mit Gesetzen Krankheiten überhaupt nicht heilt, und hier liegt eine Krankheit vor. Man hat sich viel zu wenig mit dieser Frage beschäftigt. Es handelt sich um die psychologische Frage: Auf welchen Grundlagen beruht es, daß in einem geordneten deutschen Staatsleben sich eine Partei von drei Millionen bilden kann, die das ganze Staatsleben mit seiner ganzen Geschichte verleugnet? Der Zustand wird sich erst ändern, wenn wir die Ursache der Krankheit gefunden haben und über die richtigen Wege nachdenken, um dem Übel zu steuern. Man bewertet die Leiter der Sozialdemokratie zu hoch, wenn man im Reichstage und in der Presse sagt, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung eigentlich nur die Folge der Agitation der Führer sei. Nein, diese hypnotische Kraft haben die Führer nicht. Es müssen also innere

Ursachen vorhanden sein, die das deutsche Volk in die Sozialdemokratie treiben. Diesen innern Ursachen nachzugehen ist Pflicht jedes Patrioten, und zu diesem Nachdenken anzuregen war der Zweck meiner Rede."

Der Staatssekretär ist damals wegen dieser beiden Reden vielfach angegriffen worden, aber er hat diese unberechtigten Angriffe abgelehnt mit den Worten: „Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich dem deutschen Volke das sagen, was ich für richtig halte. Das nager entre deux eaux ist viel bequemer, und es ist für den immer schwer, der den Mut hat, der Rabe die Schelle anzuhängen. Wer aber den Schläfer in der Stunde der Gefahr kräftig an der Schulter faßt, erwirbt sich auch ein Verdienst.“

Graf Posadowsky ist ja inzwischen aus dem Amte geschieden, aber die Bedeutung seiner Worte wird dadurch nicht vermindert. Es ist ein Glück für den Staat, wenn Männer von der Bedeutung des Grafen Posadowsky ihre Überzeugung ohne Rücksicht darauf aussprechen, ob das, was sie zu sagen haben, bequem ist oder nicht. Es ist auch charakteristisch für unsre Zeit, daß dieser Mut selten geworden ist. Die Zahl derer, die sich aus Neigung mit solchen politischen Fragen beschäftigen, ist bei uns wohl überhaupt nicht sehr groß, es ist bequemer, sich seine Ruhe nicht stören zu lassen. Von denen aber, die offenen Auges durchs Leben gehn und etwas zu sagen hätten, kommen viele in dem schwach entwickelten politischen Leben unsers Volkes nicht zum Worte. Ihnen steht höchstens ein Stück Papier zur Verfügung, um ihre Ansicht zu sagen, und wenn dann einmal ein Mann von unbestrittner Autorität auftritt, die Schläfer aufzurütteln, so reiben diese sich erstaunt die Augen und sind wohl gar noch ungehalten darüber, daß man sie nicht hat weiter schlafen lassen. Es müßte öfter vorkommen, daß sich jemand findet, den Winterschlaf des braven deutschen Michels zu stören, und um so dankenswerter ist es, daß das geschehen ist an der Stelle, die berufen ist, für das Wohl und den Fortschritt des deutschen Volkes zu sorgen, vor dem Forum des deutschen Reichstages. Da aber Graf Posadowsky selbst gesagt hat, daß es die Pflicht jedes Patrioten sei, den Ursachen unsrer krankhaften politischen Entwicklung nachzugehen, so möge der Versuch gestattet sein, einen bescheidenen Beitrag zur Beantwortung der Fragen zu geben, die er damals im Reichstage zur Diskussion gestellt hat.

Graf Posadowsky hat für die krankhafte Ausdehnung der sozialdemokratischen Bewegung besonders zwei Gründe angeführt, daß nämlich unsre Verwaltung noch zu viele Gewohnheiten aus dem alten Polizeistaate herübergenommen habe, und daß mit dem wachsenden Wohlstande die Opferfreudigkeit und Großherzigkeit der besitzenden Klassen nicht gleichen Schritt gehalten habe, sowie daß unsre bürgerliche Gesellschaft zu materialistisch und zu genußsüchtig sei, als daß sie die Sozialdemokratie überwinden könnte. Den Vorwurf, der hier wohl zunächst gegen die preußische Verwaltung erhoben wird, haben seit langer Zeit weite Kreise der Bevölkerung immer und immer wieder erhoben, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß er gerechtfertigt ist. Wir haben vom

alten Polizeistaate her ein System der Vielregiererei und der Bevormundung, das nicht mehr in unsre Zeit paßt. Unsrer Verwaltung lebt immer noch in dem Glauben, daß sie die Pflicht habe, sich um alles und jedes zu kümmern, daß es ihre Aufgabe sei, den Menschen von der Wiege bis zur Bahre zu geleiten, durch möglichst viele Polizeiverordnungen, die niemand kennt und niemand kennen kann, die Bevölkerung vor Unheil zu bewahren. In wichtigen Angelegenheiten darf man recht lange auf einen Bescheid warten, sehr schnell ist man aber bei der Hand, durch Strafmandate an die Existenz von Verordnungen zu erinnern, von denen die mit dem Strafbefehl beglückten noch nie etwas gehört hatten. Die vielen Übergriffe und Ungeschicklichkeiten von Polizeibeamten tragen auch nicht dazu bei, unsre untern Verwaltungsorgane beliebt zu machen; aber die Gerechtigkeit fordert es doch, zu sagen, daß die Neigung zur Vielregiererei und zur Bevormundung bei den höhern Behörden gerade so eingewurzelt ist wie bei den niedern. Es ließen sich viele Beispiele dafür anführen. Unzweifelhaft werden viele Menschen jahraus jahrein durch ungeschickte Behandlung verärgert, aber ob dadurch weite Massen der Bevölkerung zur Sozialdemokratie getrieben worden sind kann doch zweifelhaft sein. Mir will es scheinen, daß unsre Verwaltung weniger durch das gesündigt hat, was sie getan hat, als durch das, was sie unterlassen hat, worauf später noch eingegangen werden soll. Jedenfalls kann man wohl damit rechnen, daß die Staatsregierung eine Reform der Verwaltung bald durchführen wird, nachdem deren Rückständigkeit an so hervorragender Stelle bezeugt worden ist. Die Regierung wird bei einem solchen Bestreben sicher den Beifall aller Kreise der Bevölkerung finden.

Die Richtlinien einer Reform der Verwaltung sind durch vielfache Erörterungen im Parlament, in der Presse und in Zeitschriften ziemlich klargestellt. So sehr die Ansichten im einzelnen abweichen, darüber waren doch bisher alle, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt haben, einig, daß die Verwaltung dezentralisiert werden müsse, das heißt, daß den Beamten, die der Bevölkerung am nächsten stehen, den Landräten und Regierungspräsidenten oder Oberpräsidenten, je nachdem man diese oder jene für geeigneter hält, die Lokalverwaltung zu beaufsichtigen, größere Selbständigkeit eingeräumt werden müsse. Nur durch weitgehende Dezentralisation wird man erreichen können, daß das Schreibwerk vermindert wird, unter dem jetzt die produktive Verwaltungstätigkeit leidet. Zugleich würde aber die Dezentralisation die Möglichkeit gewähren, die Zahl der Beamten zu vermindern, was unbedingt angestrebt werden muß. Oberbürgermeister Abdes hat nachgewiesen, mit welcher Verschwendung von Menschenmaterial unsre Justizverwaltung arbeitet, und daß nur durch eine Änderung der Organisation und durch eine Verminderung der Zahl der Richter die Mängel beseitigt werden können, an denen die Justizverwaltung krankt. Die Gedanken, die er ausgesprochen hat, können und werden nicht verloren gehn, sie müssen den Anstoß zu einer Reform der Justiz geben. Was aber für die

Justiz gilt, daß zu viele Beamte vom Übel sind, das gilt auch für die Verwaltung. Es wird auf diese Weise nicht nur das Schreibwerk künstlich gefördert, es liegt nicht nur eine Verschwendung von Staatsmitteln vor, die für dringende Kulturaufgaben besser verwandt werden können, sondern es ist auch klar, daß die Anforderungen an die geistigen Leistungen des Beamtentums um so tiefer gestellt werden müssen, je größer die Zahl der Beamten ist. Je weniger Beamte, um so bessere Auswahl wird man treffen können. Man darf sich wohl nicht verhehlen, daß das Ansehen des Beamtentums in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat. Mit den Leistungen und Fortschritten auf wirtschaftlichem Gebiete haben die Beamten nicht Schritt halten können; da wir aber ein nicht nur pflichtgetreues, sondern auch tüchtiges Beamtentum in Deutschland nicht entbehren können, so liegt alle Veranlassung vor, ernstlich zu prüfen, auf welche Weise die Leistungsfähigkeit des Staatsbeamtentums so gehoben werden kann, daß es das volle Vertrauen der Bevölkerung wieder gewinnt. Die Voraussetzung dafür wird aber sein, daß man die Zahl der Beamten nach Möglichkeit vermindert. Eine kleinere Zahl von Beamten wird man dann auch leichter mit der freieren Auffassung zu erfüllen vermögen, die Graf Posadowsky gefordert hat.

Wenn es hiernach von der Initiative der Staatsregierung abhängt, dafür zu sorgen, daß sich unsre Verwaltung von den kleinen Ideen des alten Polizeistaates frei macht, so hat allerdings auf die Erfüllung des andern Wunsches, daß die Opferfreudigkeit und Großherzigkeit in wirtschaftlichen Dingen zunehmen möge, und daß materialistische Weltanschauung und Genußsucht nicht weiter überhandnehmen möchten, die Regierung keinen Einfluß. Daß in einem Volke, dessen Wohlstand dauernd wächst, auch das Wohlleben und die Freude am Genuße zunimmt, kann schließlich nicht wundernehmen, und es ist dabei doch auch zu berücksichtigen, daß nicht nur die Freude an materiellen, sondern auch die an edeln Genüssen zugenommen hat. Die vergangenen Jahrzehnte, in denen unsre Vorfahren vielleicht behaglich und zufrieden, aber auch recht armselig und freudlos dahinlebten, wird man doch auch nicht zurückwünschen können. Daß die Opferfreudigkeit in unserm öffentlichen Leben noch nicht so entwickelt ist, wie erwünscht wäre, ist gewiß richtig. Aber Fortschritte sind doch auch auf diesem Gebiete gemacht worden, manches ist geschaffen worden, und wenn noch mehr zu tun übrig bleibt, so ist zu bedenken, daß unsre wirtschaftliche Entwicklung seit dem Kriege mit Frankreich überstürzt war, daß wir zu schnell reich geworden sind, und daß wir, wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt, noch nicht Zeit gehabt haben, die Eigenchaften zu entwickeln, die zu dem neuen Wohlstande gehören.

Damit soll die Bedeutung der Worte des Staatssekretärs nicht angezweifelt werden. Wenn ein Staatsmann wie Graf Posadowsky von der hohen Warte aus, auf der er so viele Jahre gestanden hat, solche Mahnungen ausspricht, so hat er das sicherlich getan auf Grund vielfacher Erfahrungen und Beobachtungen, und diese Mahnung sollte deshalb nicht vergessen werden. Inwieweit die Mängel, die uns auf diesen Gebieten anhaften, dazu beigetragen haben, dem erschreckenden Wachstum

der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten, ist schwer zu beurteilen. Das subjektive Ermessen, die Erfahrungen, die der einzelne zufällig gemacht hat, spielen eine zu große Rolle. Es wird deshalb zu untersuchen sein, welche andern Gründe etwa noch mitgewirkt haben, in unserm Staatsleben einen Zustand zu erzeugen, den man als Krankheit bezeichnen muß. Die Ursachen der Krankheit müssen sehr tief liegen, wenn es dahin kommen konnte, daß sich ein so großer Teil des deutschen Volkes einer Partei anschließt, die die Grundlagen unserz ganzen Staatslebens verneint.

In der Rede vom 12. Dezember 1905 sagte Graf Posadowsky noch: „Man muß zugestehn, daß die moderne Arbeiterbewegung in engem Zusammenhange steht mit der unerhört großartigen Entwicklung unsrer deutschen Industrie.“ Es klingt das wie ein fast zögernd gemachtes Zugeständnis, und doch wird man, wie es scheint, von unsrer wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen müssen, wenn man für unsre Lage Verständnis gewinnen und die Mittel suchen will, die Krankheit zu heilen.

Mit Stolz pflegen wir von unsrer Zeit zu sprechen, von den gewaltigen Fortschritten, die sie uns auf allen Gebieten gebracht hat, von der Freiheit, die sie dem einzelnen gegeben hat im Vergleich zu vergangnen Zeiten. Wenn das Wort Mittelalter genannt wird, kommt uns fast ein Gruseln an, denn damit ist nicht nur der Gedanke verbunden an Unsicherheit, an Raub und Mord, sondern auch vor allen Dingen an Zwang und Bann und an die Unfreiheit der Menschen. Weit, weit liegt in der Vorstellung des modernen Menschen diese Zeit zurück, an die er nur mit einer Mischung von Hochmut und Verachtung zu denken vermag. Wohl nur selten fragt sich jemand, wann denn dieses dunkle Zeitalter bei uns abgeschlossen worden ist, und doch sind noch nicht hundert Jahre verflossen, seit in dem größten deutschen Staate, in Preußen, mit der Vergangenheit gebrochen und eine neue Zeit eröffnet wurde. Das Zeitalter der Aufklärung, so viel es auch an neuen Gedanken gebracht hatte, wagte doch nicht die Unfreiheit eines großen Teiles der Untertanen zu beseitigen; im Gegenteil, das Preußische Allgemeine Landrecht befestigte aufs neue den Unterschied der Stände, die Gebundenheit der Berufe, den Schutz der Arbeit mit mittelalterlichen Mitteln. Der Adliche durfte keine bürgerlichen Gewerbe betreiben, der Bürger keine adlichen Güter erwerben, Zwangs- und Bannrechte hemmten Bewegung und Fortschritt. Die Hörigkeit der Gutsuntertanen blieb bestehen, und erst nach dem Zusammenbruch des Staats wurde unter der Einwirkung eines genialen Staatsmanns das Edikt vom 9. Oktober 1807 erlassen, das die mittelalterliche Gebundenheit brach und auch denen, die Stadtlust nicht frei gemacht hatte, die Freiheit gab mit den monumentalen Worten: Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute.

Erst mit dem Martinitage 1810 also wurde eine vielhundertjährige Entwicklung abgeschlossen, wurde das Mittelalter Vergangenheit, erst mit diesem Tage begann die neue Zeit, unsre Zeit. Wie vieles hat sich in die siebenundneunzig Jahre gedrängt, die seitdem verflossen sind, welche reißende Entwicklung

haben wir seitdem gehabt, der gegenüber der Inhalt der vergangnen Jahrhunderte wie jahrhundertelanger Stillstand erscheint. Es ist notwendig, sich darüber Klarheit zu verschaffen, was alles uns dieses eine letzte Jahrhundert gebracht hat, welche tiefgreifende Änderung das Leben der Menschen in diesem kurzen Zeitraum erfahren hat, wenn man begreifen will, daß diese nie dagewesene Entwicklung das Gleichgewicht der Menschen beeinträchtigen und Wirkungen hervorbringen mußte, die Krankheitserscheinungen gleichkommen. Und es ist weiter notwendig, sich zu erinnern, wie anders und wie viel glücklicher die Geschichte des englischen und auch des französischen Volkes verlaufen ist, wie spät wir im Vergleich zu diesen beiden Nationen zur Selbständigkeit und Einheit gekommen sind, und welche ungünstigen Folgen es gerade bei dem Charakter des Deutschen haben mußte, daß unsre politische Einigung dem wirtschaftlichen Fortschritt nicht vorherging, sondern zeitlich mit ihm zusammenfiel.

Durch die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung wurde zwar mit der Vergangenheit gebrochen, der Weg für den Fortschritt frei gemacht, indem die ständische Gliederung beseitigt und die persönliche und wirtschaftliche Freiheit gewährt wurde, aber zunächst ging es doch sehr langsam vorwärts. Der Verkehr braucht gute Wege, und an diesen fehlte es noch fast ganz. Die römische Kunst des Straßenbaues war längst verloren gegangen, bis weit in das neunzehnte Jahrhundert blieb es bei dem mittelalterlichen Zustande, daß für den Verkehr der Menschen, für die Bewegung der Güter nur schlechte Landwege zur Verfügung standen. Erst 1812 lernte Mac Adam die heute übliche Art des Straßenbaues in — China kennen, und es dauerte dann noch lange, bis in Deutschland in größerem Umfang ein Netz moderner Kunststraßen geschaffen wurde.*) Nun nahm sowohl die Masse wie die Schnelligkeit des Verkehrs zu, aber immer noch rechnete man auf eine Tagereise nicht mehr als 40 Kilometer, und als 1824 der Generalpostmeister von Nagler die englischen Schnellposten mit einer Tagesleistung von 75 Kilometern einführte, und der Postwagen von Berlin nach Magdeburg nur noch 15 Stunden brauchte, statt wie bisher zwei Tage und eine Nacht, da schüttelte man bedenklich den Kopf. Erst 1833 richtete Preußen zwischen Berlin und Magdeburg den ersten optischen Telegraphen ein, und es war ein gewaltiger Fortschritt, als man nach einiger Zeit unter Benutzung von 50 je 15 Kilometer voneinander entfernten Stationen durch optische Zeichen in 15 Minuten von Berlin nach dem Rhein Nachrichten übermitteln konnte. Bezeichnend ist es, daß nur Regierungsbefehle befördert und erst auf den Antrag von Handelskammern auch Privatnachrichten zugelassen wurden.***) Die ersten kleinen Eisenbahnen mit Pferdebetrieb wurden im Deutschen Reiche 1830 im Wupper- und Ruhrtales gebaut, und so kann man also sagen, daß in unserm Vaterlande der Verkehr noch völlig unentwickelt war, als schon ein Drittel des

*) S. Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit, II, I. S. 119 ff.

**) Grenzboten 1906, Heft 50, S. 574.

Jahrhunderts verfloßen war. Erst mit der Verwendung der Dampfkraft und der Elektrizität beginnt die neue Zeit. Die erste deutsche Eisenbahn mit Dampfbetrieb wurde 1835 zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet, die zweite 1838 zwischen Berlin und Potsdam, aber noch in den fünfziger Jahren mußte man sich zum Teil der Post bedienen, um von Frankfurt nach Köln zu gelangen. Erst in den sechziger und siebziger Jahren wurde das Eisenbahnnetz planmäßig ausgebaut. 1845 fuhr der erste Schraubendampfer über den Ozean, und erst 1856 stellte die Hamburg-Amerika-Linie zwei Dampfschiffe ein; im Jahre 1843 hat in Deutschland die Rheinische Bahn zuerst den elektrischen Telegraphen angewandt, und noch 1850 wurden in ganz Preußen nicht mehr als 55000 Depeschen befördert. Wie klein erscheint uns diese Zahl heute, und doch wie wenig Zeit ist seitdem verfloßen! Jetzt erst waren Raum und Zeit überwunden, war die Bahn frei für den wirtschaftlichen Aufschwung, aber damit war auch ein Wendepunkt gekommen im Leben der Menschen. Dampfschiff, Eisenbahn und Telegraph sind gleichsam heimatlos, sagt Lamprecht sehr richtig. Darum machen sie auch heimatlos, lösen vom Boden, geben innerhalb der Erdverhältnisse unendlichen Horizont.

Aus dem Hausfleiß der bäuerlichen Familie war einstmals die Hausindustrie hervorgegangen, aus gelegentlicher Arbeit wurde ständige Arbeit, und der Hausierer, der alte vertraute Freund des Landbewohners, vertrieb die Ware. Als aufgeklärte Fürsten in ihren Ländern die industrielle Tätigkeit zu fördern suchten, entwickelte sich die Manufaktur, die Lamprecht als zentralisierte Hausindustrie bezeichnet. Bei den ersten Ansätzen zur Gewerbefreiheit entstand die kleine Fabrik, erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts begann das Zeitalter der eigentlichen Fabrikbetriebs, und nun förderte die freie Unternehmung schnell die Entstehung des Großbetriebs, aus dem die Riesenunternehmen unsrer Zeit entstanden sind. Die Schnelligkeit, mit der diese Entwicklung vor sich ging, mußte zersekend wirken, zumal da auch Handwerk und Handel dieselbe Umbildung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb erfuhren.



Eine neue Blücher-Biographie



en hervorragendsten unsrer vaterländischen Helden der Befreiungskriege sind längst würdige biographische Denkmale gesetzt worden. Seltsamerweise fehlte ein umfassendes, allen Ansprüchen der heutigen Forschung entsprechendes und zugleich von richtiger militärischer Empfindung eingegebenes Werk über Blücher, wenn auch eine Reihe wertvoller Schriften über den Marschall Vorwärts vorhanden war. Es wird deshalb jeder Freund des Vaterlandes und insbesondre jeder deutsche Soldat freudig begrüßen, daß sich General von Unger der mühevollen